

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Antrag und Anfrage

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

CDU-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Stadtweiter Ausbau des Hauses des Jugendrechts

Im Jahr 1999 ist in Stuttgart das erste Haus des Jugendrechts entstanden. Diese Erfolgsgeschichte führte zu einer Erweiterung des Hauses im Jahr 2014. Zu den Stadtbezirken Bad Cannstatt und Münster kamen weitere sieben Stadtbezirke - Weilimdorf, Feuerbach, Zuffenhausen, Stammheim, Mühlhausen, Untertürkheim und Obertürkheim - dazu.

Im Haus des Jugendrechts arbeiten Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich unter einem Dach. Der Vorteil liegt darin, dass zeitnah auf Straftaten reagiert werden kann und sich alle Beteiligten in einem Haus befinden. Der Erziehungsgedanke, der im Jugendstrafrecht verankert ist, erhält hier seinen Vollzug. Sowohl Stadt wie Land durch das Justizministerium Baden-Württemberg unterstützen die Arbeit aus voller Überzeugung.

Neben vielen weiteren Aktivitäten wird im Haus des Jugendrechts u.a. das Projekt "REPEKT!" durchgeführt. Ziel des Projektes ist es, betroffenen (daher "straffällig aufmerksam gewordenen") Jugendlichen die Polizeiarbeit näher zu bringen und ein Verständnis und Bewusstsein für das eigene Handeln und das Handeln von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu schaffen. Bestehend aus drei Modulen (Einzelgespräch im Jugendamt, Gruppentermin mit Staatsanwaltschaft und Polizei, Abschlussgespräch), versetzen sich die Jugendlichen per Perspektivwechsel in die Lage der Polizei. Das Projekt hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen und wurde daher bereits für eine Ausweitung im gesamten Stadtgebiet ausgewählt, sowie in der Grünen Liste der Beratungen zum Doppelhaushalt 2020/21 aufgeführt.

Die Vorkommnisse in der Stuttgarter Innenstadt in der Nacht vom 20. auf 21. Juni 2020 veranlassen die CDU-Gemeinderatsfraktion, aktiv tätig zu werden, um für die Zukunft solche Exzesse zu verhindern. Die jungen Menschen müssen erkennen, wo Grenzen zu ziehen sind, was Recht und Ordnung in unserer Gesellschaft bedeuten und wie man mit der Polizei und ihren Aufgaben umgeht. Gerade Initiativen wie das oben beschriebene Projekt "RESPEKT!" können dabei effiziente Wege sein, um betroffene Jugendliche zu sensibilisieren.

Deshalb beantragen wir:


1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die notwendigen Schritte kurzfristig einzuleiten, um das Haus des Jugendrechts auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen.
2. Dabei soll geprüft und dargestellt werden, wo im einzelnen und aus welchen Gründen zusätzliche Standorte im weiteren Stadtgebiet notwendig und sinnvoll wären.
3. Die Verwaltung beantwortet zeitnah die Frage, wie schnell eine konkrete Umsetzung eines solchen Ausbaus erfolgen kann.
4. Weiterhin beantragen wir die Ausweitung des Projekts "RESPEKT!" als präventive Maßnahme auf das gesamte Stadtgebiet.
5. Wir bitten um einen Bericht im VA am 8.7.2020 und eine schriftliche Beantwortung.




Iris Ripsam



Dr. Klaus Nopper



Beate Bulle-Schmid
Stv. Fraktionsvorsitzende



Dr. Markus Reiners
Stv. Fraktionsvorsitzender



Jürgen Sauer